„Sieger ist … München.“ So verkündete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Sonnabend um 14:43 Uhr die Entscheidung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), mit welcher Stadt Deutschland in das internationale Rennen um die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele in den Jahren 2036, 2040 oder 2044 gehen wird. Darüber entscheidet dann das Internationale Olympische Komitee (IOC) Mitte 2029, zunächst nur für 2036. Von **Rainer Balcerowiak**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260928_Muenchen_wird_Olympiabewerber_Berlins_never_ending_losing_story_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Die Entscheidung für München hatte sich seit einiger Zeit abgezeichnet. Die Stadt punktete mit einem Konzept der „kompakten Spiele“, mit kurzen Wegen zu fast allen Austragungsorten und guten infrastrukturellen Voraussetzungen. München ist finanziell vergleichsweise solide aufgestellt und verfügt auch über internationale Bekanntheit – nicht zuletzt durch das Oktoberfest. Politische Querschüsse sind nicht zu erwarten: Alle relevanten Parteien – auch die Grünen, die dort den Oberbürgermeister stellen – sind glühende Olympia-Anhänger.

Der letzte verbliebene Konkurrent, die Region Köln/Rhein/Ruhr, versuchte mit seinem dezentralen Konzept zu überzeugen, mit Köln als „Ankerstadt“ und 15 weiteren Austragungsorten, was vor allem ein deutlich höheres Ticketverkaufspotenzial beinhaltete. Doch das Abstimmungsergebnis fiel mit 91:50 sehr deutlich für München aus. So manch DOSB-Funktionär hatte vielleicht auch im Hinterkopf, dass entspannte Tage und Nächte an der Isar-Promenade und in den noblen Vierteln der bayrischen Metropole nebst großer Auswahl an exquisiten Restaurants wohl deutlich angenehmer wären als Aufenthalte in eher übel beleumundeten Städten wie Gelsenkirchen (Schwimmwettbewerbe) oder Duisburg (Ruder- und Kanurennen).

Scheitern mit Ansage

Das Teilnehmerfeld der deutschen Vorentscheidung hatte sich durch den am Donnerstag offiziell verkündeten Rückzug Berlins erneut dezimiert. Bereits im Mai 2026 musste Hamburg die Segel streichen, nachdem sich in einem Volksentscheid 54,9 Prozent aller Wähler gegen die Bewerbung ausgesprochen hatten. Dagegen konnten München und

Köln/Rhein/Ruhr mit Pro-Olympia-Volksentscheiden aufwarten, was erklärtermaßen ein wichtiges Kriterium für den DOSB war.

In Berlin sind „von oben“ angesetzte Volksentscheide laut Landesverfassung nicht möglich. Als Legitimation hatte die von CDU und SPD geführte Landesregierung also nur einen Parlamentsbeschluss für die Bewerbung im Gepäck. Dagegen gestimmt hatten Linke und Grüne, die auch alsbald ankündigten, im Bündnis mit zahlreichen Organisationen und Verbänden die Bewerbung nachträglich mit einem Volksentscheid „von unten“ wieder kippen zu wollen. Die Unterschriftensammlung des Bündnisses NOlympia für die erste Stufe des Volksbegehrens war bereits in vollem Gange und konnte nach dem Rückzug jetzt beendet werden.

Allerdings war schon länger ziemlich wahrscheinlich, dass der amtierende Senat bei den Wahlen am 20. September abgewählt wird. Und da mit dem deutlichen Wahlsieg der Linken nun der für die Sportfunktionäre „worst case“ eintrat, war eigentlich klar, dass das für die Berliner Bewerbung der finale Sargnagel war. Aber selbst wenn die Wahl anders ausgegangen wäre, hinge immer noch das Damoklesschwert eines späteren erfolgreichen Volksentscheids gegen Olympia in Berlin im Raum – mit der Gefahr, dass der DOSB dann den von ihm ausgewählten Bewerber wieder aus dem internationalen Rennen zurückziehen müsste und Deutschland damit außen vor wäre. Genau das ist 2015 passiert, als Hamburg zwar nominiert wurde, die Bewerbung aber nach einem Volksentscheid zurückziehen musste.

Das alles war dem Berliner Senat bekannt. Doch man versuchte es mit der „Augen zu und durch“-Taktik. Noch am vergangenen Dienstag, als schon längst klar war, dass mögliche Unterstützer Berlins im DOSB auf dem Absprung waren, verkündete der Berliner Olympia-Beauftragte Kaweh Niroomand, dass man bei der entscheidenden Versammlung am Sonnabend in Baden-Baden bis zur letzten Sekunde kämpfen wolle.

Dabei wurde an diesem Tag auch bekannt, dass die seit längerer Zeit – also nicht erst seit der Wahl – tätige Evaluierungskommission des DOSB in ihrer Bewertung der Bewerbungen Berlin mit deutlichem Abstand zu München und Köln/Rhein/Ruhr auf den letzten Platz gesetzt hatte. Und zwar nicht nur in den Kategorien „politische Stabilität“ und „Beteiligung aller Stakeholder“, sondern auch in Bezug auf „Sportfachliche & operative Eignung“ und „Internationale Wettbewerbsfähigkeit & nationale Akzeptanz“.

Derweil wurde in Berlin fleißig an Dolchstoßlegenden gearbeitet. Schuld am Scheitern Berlins sei vor allem die linke Spitzenkandidatin und mögliche künftige Regierende Bürgermeisterin Elif Eralp, entrüstete sich CDU-Spitzenkandidat Stefan Evers. Mit ihrer

kurz nach der Wahl getätigten Aussage, die Bewerbung habe sich jetzt wohl erledigt, habe sie „Berlin immens geschadet“. Der Stadt würden „Milliarden-Zuschüsse für Sport und Infrastruktur verloren gehen – Geld, das in marode Schwimmbäder, in Amateurvereine und barrierefreie Sporthallen fließen würde“, so Evers. Außerdem müsse Berlin nun auf einen „schnelleren barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und Haltestellen, einen zuverlässigeren und dichteren ÖPNV und bessere Rad- und Fußwege“ verzichten. Das ist natürlich ziemlich irre, zumal bekannt wurde, dass in internen Kostenrechnungen für die Ausrichtung der Spiele bereits jetzt nicht mehr von den ursprünglich veranschlagten 4,8 Milliarden Euro ausgegangen wird, sondern von mindestens 16 Milliarden Euro.

Am Donnerstag dann schließlich der offizielle Rückzug von der Bewerbung, verkündet auf einer Pressekonferenz des Berliner Olympia-Dreigestirns Kai Wegener (CDU, Noch-Bürgermeister), Iris Spranger (SPD, Noch-Innen- und -Sportsenatorin) und Kaweh Niroomand (Sportmanager, Ex-Olympia-Beauftragter). Auch hier mächtig Pathos: „Heute ist ein trauriger Tag“, denn Berlin habe „eine große Chance für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt verspielt“, so Wegener. Bis vor wenigen Tagen habe er noch große Unterstützung bei den DOSB-Sportverbänden verspürt, vor allem wegen „der Strahlkraft Berlins“. Spranger und Niroomand bastelten weiter an der Heckenschützen-Story der bösen Linken, denn mit den Grünen wäre man bestimmt irgendwie klargekommen, und eigentlich gab es ja „keine Gegenbewegung in der Stadt“, fantasierte der Sportmanager.

Berlin hat sich erneut lächerlich gemacht

Jedenfalls hat sich dieser Senat würdig in die Chronik der gescheiterten Berliner Olympiabewerbungen eingereiht. Mit einer langweiligen, wenig zugkräftigen Imagekampagne, einem recht stümperhaft zusammengeschusterten Bewerbungskonzept mit vielen Leerstellen und Nebelkerzen und einer nahezu stoischen Ignoranz in Bezug auf die allgemeine Stimmung in der chaotisch dümpelnden und hoffnungslos überschuldeten Stadt.

Es lohnt ein kleiner Rückblick. Zwar konnte 1993 die mit zahlreichen Skandalen – von dubiosen Beraterverträgen bis zu Dossiers über die sexuellen Vorlieben einzelner IOC-Mitglieder – gespickte Bewerbung für die Olympischen Spiele im Jahr 2000 nicht verhindert werden, denn Volksentscheide auf Landesebene gab es damals noch nicht. Doch die Protestbewegung gegen Olympia sorgte für mächtigen Budenzauber, was auch den Hohen Herren des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) nicht verborgen blieb. Die konnten sich bei ihren Inspektionsbesuchen in Berlin nur mit martialischen Polizeiaufgeboten und vielen Personenschützern durch die Stadt bewegen. Am 23. September 1993 um 16:34 Uhr verkündete IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch dann in Monte Carlo die von vielen

ersehnte Entscheidung: „And the winner is Sydney“. Nur 9 der 88 IOC-Mitglieder hatten Berlin ihre Stimme gegeben.

2015 zog Berlin nach einer eher unspektakulär-langweiligen Bewerbungskampagne für die Olympischen Spiele 2024 in der nationalen Vorentscheidung gegen Hamburg den Kürzeren. Doch die Freude der Hamburger Olympia-Fans währte nur kurz. Nach einem entsprechenden Volksentscheid musste Hamburg zurückziehen und der DOSB stand ohne Bewerber da. Den Zuschlag erhielt dann Paris. Das werden viele DOSB-Mitglieder noch gut in Erinnerung gehabt haben.

Wie dem auch sei: Der Drops ist gelutscht, in München freut man sich. Wobei die Chancen, dass sich die bayrische Landeshauptstadt bei der internationalen Entscheidung des IOC durchsetzen kann, eher durchwachsen sind. Es gibt diverse hoch gehandelte Konkurrenten wie Istanbul, Budapest, die indische Millionenstadt Ahmedabad, Katar, Santiago de Chile, und auch Ägypten ist voraussichtlich im Rennen. Für das vor allem auf Profitmaximierung orientierte IOC und die mit ihm verbandelten Sponsoren sind das äußerst interessante Orte, mit großem Potenzial für die Erschließung neuer Märkte. Denn darum geht es ja bei Olympia.

In Berlin wird man jetzt – wie schon 1993 und 2015 – noch ein paar Wunden lecken und Schuldzuweisungen für die Pleite – für die immerhin je nach Lesart 8 bis 15 Millionen Euro versenkt wurden – hin und her schieben. Dabei sollte man sich jetzt doch energisch den eigentlich wichtigen Problemen der Hauptstadt zuwenden, wie z.B. dem eklatanten Wohnungsmangel, der wachsenden Armut und maroder Infrastruktur. Doch derzeit haben besonders die Parteien, die diesen Olympia-Quatsch angezettelt und versemmelt haben, Wichtigeres zu tun: Nämlich mit allen denkbaren Tricks und Schweinereien zu verhindern, dass eine Politikerin der Linken als Regierende Bürgermeisterin in das Rote Rathaus einzieht.

Titelbild: FooTToo / Shutterstock